

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntags.
Abonnementpreis 1.00 Mark pro
Quartal erst. Bestellgeld. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
stellen, sowie die Expedition,
Berlin S. 39, Urbanstr. 63 I.

Inserate
pro dreizehntägiger Beilage 60 Pf.;
für Beilage 40 Pf.;
Stellenangebote 20 Pf.;
Beratungsangelegenheiten 20 Pf.;
Anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 39.

Berlin, den 23. September 1917.

33. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Das Mitglied Edmund Scholich aus Dels i. Schl. eruchen wir, sein Mitgliedsbuch Nr. 45 383 uns zur Kontrolle einzusenden. Die örtlichen Funktionäre bitten wir, zutreffenden Falles zu veranlassen, daß uns das Buch übermittle wird.

Der Verbandsvorstand.

Beitrags- und Unterstützungsfragen und die Einberufung des seit 1916 fälligen Verbandstages.*)

Die lange Dauer des Krieges hat für die arbeitende Bevölkerung der ganzen Welt eine unheimliche Verteuerung des Lebensunterhalts gebracht. Unsere Löhne mißamt den dazu gewährten Teuerungszuschlägen werden den Verhältnissen nicht im geringsten mehr gerecht, daher das Streben nach höheren Löhnen, um die für Lebensmittel und sonstigen Bedarf geforderten Wucherpreise erzwingen zu können. Neben der so notwendigen Erhöhung der Löhne, deren Aufwärtsbewegung namentlich unser Verband in hervorragendem Maße gefördert hat, drängen sich uns die weiteren Fragen auf: „Wie wird es werden bei größerer Arbeitslosigkeit unserer Kollegenschaft?“ „Sind die bis jetzt festgesetzten Unterstützungen gegenüber der Verminderung des Geldwertes auch nur annähernd ausreichend?“ Wir müssen diese letztere Frage verneinen. Zwar hat unser Verband mit seinen geringen Beiträgen während der Arbeitslosigkeit und Krankheit unserer Mitglieder Großes geleistet, aber gegenüber der heutigen außerordentlich verteuerten Lebenshaltung, die voraussichtlich noch eine Reihe von Jahren anhalten wird, ist die dem einzelnen zukommende Unterstützung während der Arbeitslosigkeit ungenügend.

Wenn der Krieg oder besser gesagt, damit die durch und infolge des Krieges geschaffenen Verhältnisse überwunden sein werden, wissen wir nicht, wir können aber damit rechnen, daß der wirtschaftliche und industrielle Aufschwung nach dem Kriege nicht in dem von uns gewünschten Umfange sich vollziehen wird, ja wir können ganz sicher damit rechnen, daß die Arbeitslosigkeit unserer Berufsangehörigen an Umfang und Dauer die der Krisenjahre vor dem Kriege in den Schatten stellen dürfte. Da liegt die Gefahr dann nahe, daß bei allzu großer Arbeitslosigkeit und zu geringer Arbeitslosenunterstützung die bestehenden Tarifsöhne unterboten werden und die Jagd nach Arbeit, nur um Arbeit zu bekommen, ganz gleich für welchen Lohn, ganz bedeutend gefördert wird. Gestalten wir nun namentlich unsere Arbeitslosenunterstützung nach den verteuerten Lebensverhältnissen, so erhalten wir die Gewähr, daß unsere Angehörigen nicht zu Lohnrüden werden, und schützen damit ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Neben der Arbeitslosenunterstützung müßte die Streik- und Gemahregeltenunterstützung eine Verbesserung erfahren. Wollen wir uns doch nicht täuschen: es geht ein Zug zum Großkapitalismus durch die Industrie. Gaben diese Unternehmer während des Krieges riesige Summen zurücklegen können, so

werden sie versuchen, nach dem Kriege dieselben Gewinne zu erzielen. Die Erzielung höherer Gewinne wird man vor allem durch Niederhaltung der Löhne herauszuholen versuchen. Sind doch schon überall Anzeichen vorhanden, daß die Unternehmer keine höheren Löhne zahlen wollen; mit welcher brutalen Wucht wird man da erst nach dem Kriege gegen die Arbeiterschaft vorgehen, wenn diese nicht genügend organisiert ist und dann nicht vermöge ihrer auch finanziell kräftigen Gewerkschaft den Kampf aufnehmen kann. Daher ist eine höhere Beitragsleistung unserer Mitglieder erforderlich, wollen wir unsere Unterstützungen erhöhen und wollen wir weiter kräftig bleiben für den Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Der Stand unserer Verbandskasse ist nur scheinbar ein günstiger, gegenüber den bevorstehenden Kämpfen ein außerordentlich ungenügender. Ich halte daher neben der Erhöhung unserer Unterstützungen um ungefähr 40—50 Proz. eine Erhöhung der Beiträge bis zu 60 Proz. für erforderlich. Alle die alten Ladenhüter, die bisher gegen höhere Beitragsleistungen ins Feld geführt wurden, dürften heute bei allen Einsichtigen durch die Verhältnisse überholt sein. Auch der Umstand, daß viele Tausende männlicher Mitglieder sich beim Militär befinden, dürfte uns nach den Erfahrungen der letzten drei Jahre nicht abhalten, zu den bevorstehenden Anregungen Stellung zu nehmen. Gaben doch gerade unsere Krieger, die heute und wohl noch längere Zeit an der Ausgestaltung unserer Organisation nicht beteiligt sein können, ein außerordentliches Interesse daran, daß wir jetzt schon, während des Krieges, Maßnahmen und Änderungen treffen, die gerade ihnen bei ihrer Heimkehr zur Berufsarbeit zugute kommen werden.

Es kann daher die Abhaltung unseres Verbandstages nicht mehr aufgeschoben werden. Zu diesen Fragen sollte der Verbandsvorstand mit den Gauleitern eine eingehende Aussprache herbeiführen und dann die Einberufung des Verbandstages (ein Antrag der Ortsverwaltung Hamburg-Altona ist dem Verbandsvorstand bereits zugegangen) unverzüglich in die Wege leiten.

Hamburg.

Fr. Küster.

Andauernde Zunahme der Gewerkschaftsmitglieder.

Wenn trotz der noch immer zahlreichen Einziehungen zum Seeresdienst die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ständig steigt, so will das schon etwas besagen. Diese erfreuliche Erscheinung ist in diesem Jahre zu verzeichnen. Verfolgen wir die Erhebungen der Generalkommission über die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder seit Jahresfrist, so ergibt sich folgendes Bild:

	1916	männlich	weiblich	zusammen
30. Juni	788 949	182 258	970 599	
30. September	771 149	190 020	961 169	
31. Dezember	749 389	200 244	949 633	
	1917			
31. März	780 180	228 105	1 008 285	
30. Juni	825 262	261 999	1 087 261	

Während also im zweiten Halbjahre 1916 die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ständig abnahm, was auch durch die geringe Zunahme der weiblichen Mitglieder nicht gut gemacht werden konnte, sehen wir in diesem Jahre ein anhaltendes erfreuliches Steigen. Und nicht nur bei den weiblichen Mitgliedern, die von 200 244 auf 261 999 emporschnitten,

also um 61 755 zunahm, sondern auch bei den Männern, bei denen die Steigerung von 749 389 auf 825 262 75 873 betrug, also noch mehr als bei den Frauen.

Das Steigen der männlichen Mitgliederzahl hat eine viel größere Bedeutung als die der weiblichen Mitgliederzahl. Nicht etwa, weil wir die weiblichen Mitglieder geringer bewerteten, sondern weil die Zahl der weiblichen Mitglieder, entsprechend dem gewaltigen Zustrom weiblicher Arbeitskräfte in fast alle Berufe, noch ganz anders hätte steigen müssen wie geschah. Das Gegenteil ist aus den bekannten Kriegsurfachen bei den Männern der Fall und trotz dem diese Zunahme.

Die Leute um die „Kreuzzeitung“, „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ und andere haben zu früh über den Rückgang der Arbeiterbewegung, gemessen an dem Niedergang der politischen Organisation geurteilt. Letztere wird sich höchstwahrscheinlich nach dem Kriege auch wieder heben, wenn die Hunderttausende ihrer ehemaligen Mitglieder wieder zurückkehren werden. Die deutschen Gewerkschaften haben erfreulicherweise den Zweitrachtsfamen besser aus ihren Reihen fernzuhalten vermocht als die politischen Arbeiterorganisationen. Daraus mögen auch diejenigen erkennen, wie sehr die Gewerkschaften auf dem rechten Wege waren, als sie sich nicht durch politischen und scheinbaren Radikalismus und Demagogie aus ihre altbewährten Bahnen hinaus-schleudern, sondern unerröcklich das Wohl ihrer Mitglieder sich zur Richtschnur dienen ließen. Man hat immer so viel von der Stimmung der Mitglieder gegen ihre Führer, besonders auch gegen die Gewerkschaftsangehörigen geredet. Nun, wenn es wirklich so schlimm damit bestellt wäre, wenn wirklich die Berufsangehörigen ihre Vertrauenspersonen, was doch ohne Zweifel die von ihnen zum größten Teil gewählten Angestellten sind, als Verräter an der Arbeiterschaft betrachteten, dann dürfte wohl eher eine Massenflucht der Mitglieder zu erwarten gewesen sein, anstatt eine Zunahme. Wenn also nach mehr als drei Kriegsjahren, trotz zahlreicher Einziehungen zum Seeresdienst, die Gewerkschaften eine erhebliche Mitgliederzunahme buchen können, so ist das ein so grüner Hoffnungssbaum in der hoffnungvernichtenden Kriegszeit, daß man getrost ab des ferneren Schicksals der Gewerkschaften in die Zukunft blicken kann.

Wohl auf keine Einrichtung ist das oft gehörte Wort besser anzuwenden als auf die Gewerkschaften: Sie werden bleiben, was sie waren und was sie sind: der starke Stütz der Arbeiterklasse, vornehmlich in allen ihren wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Freier Arbeitsvertrag oder militärischer Arbeitszwang.

Die „Soziale Praxis“ macht im Leitartikel ihrer Nummer vom 13. September eindringlich darauf aufmerksam, wie beim Hilfsdienstgesetz und anderwärts die gewerkschaftlichen Unternehmerverbände sich alle Mühe geben, noch vor Kriegsende eine große Verschärfung der inneren Zustände auf Kosten der Arbeiterehre herbeizuführen. Sie richtet an die Arbeiter einen eindringlichen Appell, nicht durch Unbesonnenheiten ihren unerbittlichen Gegnern in die Hände zu arbeiten. Die Gewerkschaften seien im vierten Kriegsjahre in einer ungemein heißen Lage. Ohne ihre alten festen Kerntruppen, nach äußerster Kräfteanpannung, Aermeneizung und Ernährungs-knappheit könnten sie nicht leicht die Grundzüge planmäßiger Organisationsarbeit gegen wilde Streikheer aufrechterhalten. Trotzdem sollten sie sich stets bewußt sein, daß Erfüllung der Pflichten gegen das

* Dieser Artikel wurde völlig unabhängig von dem Leitartikel in Nr. 38 geschrieben wie auch umgekehrt. Das ist ein Beweis dafür, wie sehr die Notwendigkeit auf Erhöhung unserer Beiträge und Unterstützungen sich schon durchgerungen hat.

Land und Vertragstreue die Grundlagen der Gewerkschaftsmacht seien und jedes Abweichen davon die Gelben stärke.

Die „Soziale Praxis“ fährt fort:

„Wir wollen auch gar nicht verhehlen, daß wir den Eindruck haben: nicht alle Gewerkschaftsfunktionäre brauchen in der Provinz tun in der gegenwärtigen Lage ihre volle Pflicht und Schuldbiligkeit. Während die Zentralbeamten fest und unverrückbar an der Politik des 4. August 1914 mit allen ihren politischen und gewerkschaftlichen Konzeptionen festhalten, gibt es in den Gauen und Ortsverwaltungen eine Reihe von Beamten, die noch glauben, der radikalen Woge durch eine Rechnungsträgerei und Anpassung Herr werden zu können; die, wenn auch manchmal aus ganz ehrenwerten Motiven, an ihrem Posten stehen und darum den klaren Mut vermissen lassen, der die Massen allein überzeugen könnte. Diese Unterführer sind gefährlicher als sie selbst es ahnen. Ihre schwankende Meinung vernebelt das Hebel eines ungeunden Radikalismus, statt ihn zu steuern.“

Die „Soziale Praxis“ mahnt dann die Regierung eindringlich, endlich die großen Gerechtigkeitsforderungen der Arbeiter zu erfüllen — Aufhebung des § 153, Milderung des Sprengungsparagrafen, Arbeitsstätten — und durch eine freundliche Reformpolitik den Demagogen ihre beste Waffe aus der Hand zu schlagen: daß alle Einsicht und Pflichttreue in Deutschland ja doch erfolglos bleibe.

Wir können uns dieser Warnung und Ermahnung der „Sozialen Praxis“ nach beiden Seiten nur anschließen. Auch die Arbeiter sollten bedenken, daß unter den ungewöhnlichen Verhältnissen des Krieges nicht die Freiheit des Friedens, die wir für die Zukunft natürlich im erweiterten Maße fordern, obwalten kann. Wie der Staat von der wehrfähigen Mannschaft im Kriegsjahre den vollen Einsatz der ganzen Persönlichkeit für das Vaterland fordert, so kann und muß er sogar von dem übrigen Volke das gleiche erwarten. Das wäre eigentlich die äußerste Folgerichtigkeit der allgemeinen Wehrpflicht, die auch im sozialdemokratischen Parteiprogramm gefordert wird. Denn weshalb sollen auch die Wehrkrieger von jener Pflicht ausgenommen werden? Allerdings müßte diese Pflicht rückständiglos auf alle Bevölkerungsschichten ausgedehnt werden, was leider in der Wirklichkeit nicht der Fall ist, soweit wenigstens die höheren Gesellschaftsschichten in Frage kommen. Immerhin: Gelingt es nicht, unter dem freien Arbeitsvertrag den notwendigen Heeresbedarf zu decken, gehen gewisse Kreise planmäßig darauf aus, die Deckung des Heeresbedarfs durch Streiks zu verhindern, dann kommt unweigerlich der militärische Arbeitszwang. Darüber müssen sich die Arbeiter klar sein, wenn sich Unentschuldigte und Demagogen an sie heranbringen, um sie zu unüberlegten Schritten zu bewegen.

Das Hilfsdienstgesetz vor und bietet einen guten Ausweg, um die militärischen Notwendigkeiten mit der wirtschaftlichen Freizügigkeit der Arbeiter soweit in Einklang zu bringen, als es die Kriegsverhältnisse zulassen. In England und Frankreich sind bekanntlich die gewerkschaftlichen Rechte und Gepflogenheiten durch die Kriegsmassnahmen der Regierung mehr unterbunden als in Deutschland.

Der Verband der deutschen Buchdrucker 1914—1917.

Von E. Döhl in, Berlin.

Der Verband der deutschen Buchdrucker hat in der schweren Kriegszeit die in ihn gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht, fest und unerschütterlich steht er nach drei Kriegsjahren da.

Sein Ausbruch des Krieges umfaßte der Verband rund 70.000 Mitglieder. Am 31. März 1917 verließen aber nur 28.527 Mitglieder.

Ganz bedeutende Opfer wurden dem Verband auferlegt durch die bei Ausbruch des Krieges einsetzende große Arbeitslosigkeit; das Verbandsvermögen ging von 11.827.330 M. auf 9.917.814 M. zurück, trotz Erhebung einer Extratraverse von wöchentlich 50 Pf. außer dem Verbandsbeitrag von 1,20 M. Bis zum 31. März 1917 wurden für Unterstützungszwecke seit Beginn des Krieges 9.836.606 M. verausgabt, davon für Familienunterstützungen der Eingezogenen 2.081.866 M. Das Verbandsvermögen erreichte gleichwohl wieder die

Höhe von 11.878.290 M. Hervorgehoben zu werden verdient die Tatsache, daß nicht nur alle aus dem Felde heimkehrenden Mitglieder sofort ihrer Organisation sich wieder anschließen, sondern auch die früher dem Verbande nicht angehörenden Berufsgenossen die Notwendigkeit enger Kameradschaftlichkeit im Kriege empfanden und der Organisation beizutreten.

Auch die im Buchdruckergewerbe bestehende Tarifgemeinschaft hat sich während der Kriegsdauer bewährt; wo die außergewöhnlichen Ereignisse schwierige und im Tarif nicht berücksichtigte Verhältnisse schufen, griffen die Tariforgane, namentlich das Tarifamt, vermittelnd ein oder erließen zweckentsprechende Anordnungen. Gab es zum Beginn des Krieges Tausende Arbeitsloser, so stellten sich nach und nach Mangel an Arbeitskräften ein, der Veranlassung gab, ungelernete Kräfte dem Beruf zuzuführen. Auch hier erließ das Tarifamt die erforderlichen Anordnungen, um die Entlohnung dieser Berufs Fremden zu regeln und gleichzeitig Vorkehrungen zu treffen, daß unsere Feldgrauen Kollegen nach ihrer Rückkehr aus den Schützengräben wieder Arbeitsgelegenheit finden. Ferner war der Verband bemüht, um einen Ausgleich gegenüber der fortgesetzt sich steigernden Teuerung zu schaffen, entsprechende Teuerungszulagen zu den tariflichen Löhnen zu erzielen, wie er auch dahin zu wirken sucht, die Anerkennung höherer Grundpositionen des Tarifs noch während der jetzigen Tarifdauer bei den Unternehmern durchzusetzen, weil die jetzigen als Minimum geltenden Sätze mit den Teuerungsverhältnissen nicht mehr im Einklang stehen.

Nicht unerwähnt möge das Wirken des Tarifamts zur Unterbringung der kriegsverletzten Kollegen bleiben, auf diesem Gebiet wurde eine segensreiche Tätigkeit entfaltet.

Es darf daher wohl behauptet werden, daß der Verband der deutschen Buchdrucker auch in der schweren Kriegszeit seinen Mitgliedern eine feste Stütze war und die für uns kämpfenden Berufsgenossen versichert sein dürfen, daß sie bei ihrer Heimkehr ihre nunmehr über 50 Jahre wirkende Organisation in einer Verfassung finden werden, die sie befähigt, in allen Stürmen der Zukunft ein kräftiger Wächter ihrer Interessen zu sein.

Notwendige Milderung der Krankenversicherung.

Durch Notgesetz vom 4. August 1914 sind die Leistungen der Krankenkassen auf 4/4 v. H. des Grundlohnes festgesetzt worden. Etwa die Hälfte der Krankenkassen haben jedoch die bisherigen oder einen großen Teil ihrer Mehrleistungen und ihrer festherigen leistungsabhängigen Beiträge beibehalten. Die wirtschaftliche Entwicklung während des Krieges ermöglichte es den Kassen sogar, ihre geldlichen Verhältnisse auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Dieses Bild hat sich jedoch seit Beginn des Jahres 1917 wesentlich geändert. Die Ernährungsschwierigkeiten auf der einen Seite und zum anderen die Einbeziehung körperlich weniger leistungsfähiger Kreise, namentlich der Frauen, in die Kriegsindustrie, nicht zuletzt auch die Steigerung der Ankosten, insbesondere die außerordentliche Erhöhung der Arzneipreise und der Krankenhausausspicese, haben bei vielen Kassen eine nicht unbedenkliche Gefährdung ihrer Leistungsfähigkeit zuwege gebracht. Der Krankenzustand steigt von Woche zu Woche. Diesen vermehrten Ausgaben steht aber eine wesentliche Erhöhung der Einnahmen nicht zur Seite.

Die Zahl der arbeitsunfähigen Kranken wäre bei den meisten Kassen um ein bedeutendes höher, wenn nicht die meisten Versicherten infolge des unzureichenden Krankengeldes trotz körperlicher Er schöpfung zum Weiterarbeiten genötigt wären. Mit Recht verlangen daher die Versicherten eine Erhöhung des Krankengeldes. Die meisten Kassen sind jedoch aus Mangel an Mitteln dazu nicht in der Lage. Deshalb müssen baldigst durch Bundesratsverordnung eine Anzahl Vorschriften der Reichsversicherungsordnung geändert werden. Der höchste Grundlohn, der heute versichert werden kann, beträgt 6 M. Die Folge davon ist, daß infolge der gestiegenen Löhne ein großer Teil der Versicherten nur mit einem Teilbetrage ihres Lohnes krankensichert ist. Während früher annähernd die Hälfte des Lohnes als Krankengeld gewährt wurde, wird heute bei sehr vielen Versicherten kaum noch ein Viertel dieses Betrages als Krankengeld gezahlt.

Es ist daher die schleunige Milderung der Bestimmungen über Grundlohn und Beiträge erforderlich. Die Höchstgrenze des Grundlohnes muß auf mindestens 10 M. bemessen werden. Dadurch würden den Kassen neue Einnahmen aus den Beiträgen der höher entlohnenden Versicherten zufließen, und das Krankengeld könnte nicht unbedeutlich erhöht werden. Bleiben die jetzigen Zustände bestehen, so müß-

ten die Beiträge allgemein auf mehr als 4 1/2 v. H. des Grundlohns erhöht werden. Diese Mehrbelastung würde also am stärksten die Versicherten mit niedrigen Löhnen treffen. Diese Mehrbelastung könnte aber bei einer solchen Milderung vermieden werden.

Noch eine weitere Milderung, die durch die Kriegsberhältnisse bedingt ist, wird notwendig. Die privaten Angestellten sind nur mit einem Einkommen bis zu 2500 M. jährlich versicherungspflichtig. Ein großer Teil der Angestellten, deren Gehalt sich durch Teuerungszulagen und ähnliches über diesen Satz erhoben hat, wird daher zur Kasse nicht mehr gemeldet. Diese Angestellten sind aber, das beharrt seines Beweises, trotz ihres jetzt höheren Einkommens wirtschaftlich nicht günstiger gestellt, als mit einem niedrigeren Einkommen vor dem Kriege. Es müßten daher mindestens alle Angestellten bis 4000 M. Jahreseinkommens versicherungspflichtig sein.

Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen ist bereits vor längerer Zeit an die Reichsregierung mit dem Ersuchen herangetreten, durch Bundesratsverordnung die Reichsversicherungsordnung in dieser Weise zu ändern. Es schweben auch Erwägungen bei der Reichsregierung, und es scheint, als ob man den Wünschen der Krankenkassen und der Versicherten entgegenkommen will. Wieder aber, wie schon bei vielen früheren Gelegenheiten, kommt aus der preussischen Regierung Widerstand gegen derartige Verbesserungen. Die offiziös bediente „Kölnische Zeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 20. August einen Aufsatz, der sich mit diesen Fragen beschäftigt. Darin wird gesagt, daß keine Veranlassung zu einer Milderung des Gesetzes vorliegt, da die Kassen unter den bisherigen Zuständen sehr gut gefahren sind. Sie könnten daher der heutigen Teuerung am einfachsten durch Erhöhung des Krankengeldes Rechnung tragen. Außerdem fanden ihnen ihre Rücklagen für diese Zwecke zur Verfügung. Offenbar fürchtet man den Widerstand der Unternehmer gegen eine höhere Beitragslast, vor allen Dingen aber die Gegnerschaft der Ärzte gegen alle Maßnahmen, die nach einer Erweiterung der Versicherung ausstehen. Es wird Aufgabe der Versicherten sein müssen, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen und eine schleunige Milderung der Krankenversicherung zu verlangen.

Aus unserem Beruf.

Arbeitslosentatistik. Für die Berichterstattung an das Statistische Amt über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern unseres Verbandes im Monat August haben die Verwaltungen der Zahlstellen Brandenburg, Duisburg, Ruxhori, Halle a. S., Hanau und Karlsruhe die Berichterstattungen trotz erfolgter Warnung nicht oder erst so spät eingeleitet, daß sie für die Fällung nicht mehr verwandt werden konnten. Diese 5 Zahlstellen mit zusammen 71 männlichen und 55 weiblichen Mitgliedern sind daher in dem nachstehend wiedergegebenen Ergebnis der Aufnahme nicht mit enthalten.

In den an der Berichterstattung beteiligten 102 Gauen und Zahlstellen mit zusammen 5219 männlichen und 12.768 weiblichen, insgesamt also 17.987 Mitgliedern, waren am Stichtage, den 25. August, 25 männliche und 247 weibliche, insgesamt also 272 am Ort befindliche Mitglieder arbeitslos.

Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 0,5, bei den weiblichen 1,9 und bei beiden zusammen 1,5 Arbeitslose. Im Vergleich mit dem Vormonat mit 1,7 Arbeitslosen auf 100 Mitglieder — 0,6 bei den männlichen und 2,1 bei den weiblichen — ist wieder ein geringer Rückgang in der Zahl der Arbeitslosen zu verzeichnen.

Folgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung im Umfang der Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern während der Dauer des Krieges:

Table with columns: Monat, Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtage (m, w, all), Arbeitslose auf je 100 Mitglieder (1916, 1915, 1914). Rows include months from July 1916 to August 1917.

Zur Nachahmung empfohlen. Die „Union“, Deutsche Verlags-Gesellschaft in Stuttgart, brachte am 7. September an das gesamte Buchbinderei- und Buchdruckerpersonal eine einmalige außerordentliche Teuerungszulage neben der fortlaufenden, zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Verein und unserem Verbands vereinbarten, zur Auszahlung. Die ledigen Gehilfen erhielten 20 Mk., die verheirateten 30 Mk., dazu für jedes Jahr, gerechnet vom Jahre 1890 an, einen Steigerungssatz von 1 Mk., so daß die Höchstsumme für einen ledigen Gehilfen 58 Mk., für einen verheirateten Gehilfen 86 Mk. betrug. Die Arbeiterinnen erhielten 20 Mk. und für jedes Jahr, gerechnet ab 1890, einen Steigerungssatz von 1 Mk., so daß der Höchstatz für eine Arbeiterin 48 Mk. betrug. Die Sonderzulage wurde gegeben, um eine bessere Eindeckung der Winterbedürfnisse zu ermöglichen. Es kommen eine größere Anzahl Kollegen und Kolleginnen in Betracht, die den Höchstatz erhielten.

Preiserhöhung. Der Bund Deutscher Buchbinder-Innungen gibt folgenden Beschluß bekannt. Die fortgesetzte steigende Verteuerung aller Rohstoffe und Arbeitslöhne zwingen zu einer weiteren Erhöhung der Preise unseres Bundestarfs. Unter Aufhebung aller vorhergehenden Beschlüsse treten nunmehr folgende Aufschläge ein: Auf Profshüren und Lederbände 50 Proz., auf Druckbücher 60 Proz., auf Geschäftsbücher und übrige Arbeiten 70 Proz. Für Leder und Leberzugstoffe muß je nach dem augenblicklichen Wert ein besonderer Zuschlag gerechnet werden. Maschinenarbeiten sind in jedem einzelnen Falle besonders zu berechnen. Obige Preise sind als Mindestpreise zu betrachten, bei Arbeiten mit besonders teurem Material ist ein entsprechend höherer Aufschlag in Anwendung zu bringen; ebenfalls wird der Zuschlag in Großstädten mit teurer Lebenshaltung und bei teuren Materialpreisen höher festgesetzt werden müssen.

Für die erschienenen Kriegszeitungen sind ebenfalls folgende Einheitspreise festgesetzt: Alle Preise sind für in Decke Binden berechnet. 1. Militär. Geschichte des Weltkriegs 5,25 Mk. (Verlag Union, Stuttgart) 2. Militär. Kriegschronik des Dobeim 3,75 Mark (Belhagen u. Klasing), 3. Der Völkerrkrieg 2,25 Mark (Hofmann, Stuttgart), 4. Der große Krieg 2,25 Mark (München-Depeschen der „Frankfurter Zeitung“), 5. Kriegsausgabe der „Leipz. Militär. Zig.“ 7,50 Mk. (J. J. Weber, Leipzig), 6. W. T. V. Kriegsdpeichen 2,65 Mk., 7. Militär. Weltkriegschronik d. „W. T. V.“ 15 Seite in 1 Band 4,90 Mk., 30 Seite in 1 Band 7,50 Mk., Der Krieg 1914/15 in Wort und Bild 5,25 Mk. (Deutsches Verlagshaus Bong u. Co.).

Was unsere Kollegen aus dem Felde schreiben.

Auf Urlaub.

Unsere Kompagnie lag in vorderer Linie der ersten Stellung, als mir am 3. Juli meine Gefechtsordnung mittags den Bescheid brachte, daß ich auf Urlaub fahren könnte. Die Sachen zusammenpacken und mich von meinen Kameraden verabschieden war das Werk weniger Minuten. Ich begab mich sofort zum Pataillonsgefechtsstand, wo ich meinen Urlaubsschein nebst Reisefchein erhielt, und dann zur Kompagniefreibühne, wo mir meine Verpflegungsgeld ausgezahlt wurde. Beide liegen unmittelbar hinter unserer Stellung in einer Höhle. Da die feindliche Artillerie hier das Gelände schwerer unter Feuer hielt, wartete ich einige Minuten in der Höhle ab, bis einige Salven durch den Wald gepörselt kamen. Als dies geschah, lief ich trotz meines Gepäcks, in einer offenerartigen Geschwindigkeit durch das gefährdete Gelände.

So sehr der Tornister drückte, es gab keinen Aufenthalt hier, denn die nächsten Minuten hätten mich schon zermalmen können. Trotzdem ich alle Ursache dazu hatte, spürte ich keine Müdigkeit, denn es ging ja der Heimat zu. Nach fünfzigminütigen Marsch hatte ich die Stadt L. erreicht, von wo ich abfahren mußte und von wo zwei Minuten darauf ein Zug nach Köln abging. Wie es einem da zuzumute ist, wenn man erst in der Bahn sitzt, kann sich nur der vorstellen, der es selbst durchgemacht. Aber auch im Zuge ist man nicht sicher. Denn wir waren viellecht eine Stunde gefahren, als der Zug hielt, die Beamten den Zug abgingen und „Leute der 2. Division aussteigen“ riefen. Da konnte man aber betrübte Gesichter sehen, die es betraf. Am 4. Juli vormittags gegen 7 Uhr hielten wir in Herbstal ein. Sobald wir die Grenze überfahren hatten, ist es einem gerade, als wenn ein Stein vom Herzen fällt.

Köln: „Alles ausgießen!“ Wenn man nicht selbst von der Front käme, würde man sich sagen, hier ist doch kein Krieg, aber das Gewimmel von Militär belebt einen über den Ernst der Lage. Nach allen Wahrscheinungen strömen sie auseinander, um an ihre Anstaltsgänge zu gelangen. Ich blieb hier vier Stunden liegen, um einen D-Zug nach Leipzig zu

benutzen. Die Gelegenheit benutzte ich, um mir die Stadt anzusehen, welche ich doch noch von vor zwölf Jahren her kannte. Aber heute, welches Bild! Ich ging am Dom vorbei nach dem Rhein zu und besah mir hier das Leben und Treiben. Der ganze Anblick von Köln lernte mich aber, daß der Krieg auch hier Spuren hinterließ. Meine Zeit drängte zur Abfahrt, und so flog ich nachmittags im D-Zuge Leipzig zu, wo ich die Nacht eintraf. Nachdem ich noch daselbst verschiedenes erledigt hatte, trat ich am andern Tage die Fahrt nach der Heimat an, wo ich zwei Stunden später anlangte. Aber dies Bild, das sich mir hier bot in bezug auf Ernährung war einfach traurig. In mir regte sich schon der Entschluß, nach etwa drei Tagen wieder abzureisen, als ich mit einer Handvoll Karten vom Ernährungsamt kam. Denn von den Karten wird man nicht satt und was nügen einem dieselben, wenn man das zehntelmal nichts dafür bekommt. Zur die Liebe zu meinen Angehörigen hielt mich davon ab, abzureisen. Die Zeit verfloß aber nur zu schnell. Und so sah ich am 20. Juli, nachmittags, wieder im D-Zug Berlin-Gh. in Gedanken berunken über die verfloffenen Urlaubstage und über das Schicksal, was mir wieder bevorstand. Am 21. traf ich nachmittags wieder in L. ein und mußte, da meine Kompagnie wieder vorkam, noch fünf Stunden auf Schuffers Mappen zurücklegen. Abends fand ich mich dann bei der Kompagnie wieder ein und wurde von meinen Kameraden mit den üblichen Fragen empfangen: Wie sieht es in Deutschland aus und wird nicht bald Frieden? Ich habe ihnen aber nach meinen Erfahrungen traurige Mitteilungen machen müssen, denn jeder rechtensdenkende Mensch wird mir zugeben müssen, daß die jetzigen Zustände auf die Dauer unhaltbar sind. Wir aber hoffen alle, daß uns der langersehnte Frieden recht bald besichert sein möge.

Büchelweibel Paul Habenstein.

Antike und moderne Welt.

Hört, was mit göttlichem Humor der weiße Grieche*) führt vor:

„Ja, wenn in einer Welt wir lebten, wo die Weberschiffchen von selber webten, das Werkzeug, wie mit einer Seele begabt, ausführte die Befehle des Herrn mit allem Eifer und Eue, der ihm die Arbeit übertrug, dann wär der Knechtschaft Qual vorbei: und alle Klassen würden frei!“

Hört, wie der kluge Maup von heute**) in seinem Buch belehrt die Leute:

„Das Werkzeug, das ihr Menschen habt, ist heute fast vernunftbegabt; es fährt, belebt wie mit Verstand, Gedanken acts mit eigner Hand. Jedoch der Mensch, der damit schafft, verliert des Menschen Eigenschaft, Wird umgewandelt und zerküßt, zum Werkzeug selbst herabgedrückt, so blüht — o graue Ironie! — für ihn die Welt der Industrie, daß er als Knecht, als Elende diene dem Werkzeug heute, der Maschine!“

Sier schaut ihr Härtlich hingestellt antike und moderne Welt.

Und die Moral? Nun wählet sie: Humor — und graue Ironie! Seht, wie so menschenfreundlich groß in unfres Arbeitsmannes Los sich heute nach zweitausend Jahren des Fortschritts Wunder offenbaren.

Neopold Jacoby.

*) Aristoteles. **) Reuskaux.

Internationales.

Verlegung des internationalen Gewerkschaftsbureaus. Reuters Bureau veröffentlicht folgende Londoner Meldung:

Die Konferenz der Vertreter der nationalen Gewerkschaftsverbände der Entente, die an das internationale Sekretariat in Berlin angeschlossen sind, wurde Dienstag in London beendet. Es wurde beschlossen, daß das internationale Sekretariat von Berlin entfernt werden soll.

Schließlich wurde für eine Resolution eine Mehrheit gefunden, in der es u. a. heißt: Es sollen die Meinungen der an die Internationale angeschlossenen Länder über die Verlegung des Internationalen Bureaus von Berlin nach einem neu-

tralen Lande eingeholt werden. Fällt die Entscheidung zugunsten der Verlegung des Bureaus aus, so soll der schweizerische Verband ersucht werden, die nötigen Schritte zu unternehmen, um das Bureau in einem Lande zu errichten, über das seinerzeit von den verschiedenen Ländern abgestimmt werden soll.

Die französische und die serbische Sektion waren außerstande, diese Entschlüsse anzunehmen; sie behielten sich aber das Recht vor, eine internationale Besprechung in Bern zu besuchen, auf der die Abstimmung stattfinden solle. Die anderen Sektionen waren gegen eine Berner Konferenz und für die briefliche Abstimmung.

Die Konferenz nahm auch eine Entschlüsse an, in der für die Arbeiter eine Vertretung auf der Friedenskonferenz verlangt wird.

Rundschau.

Frauenarbeit in England. Nach dem englischen amtlichen Arbeitsblatt („Labour Gazette“) sind im Juli 1917 1 240 000 Frauen mehr gewerblich beschäftigt gewesen als im Juli 1914, wie aus folgender Tabelle hervorgeht:

Gewerbe	Zahl der im Juli 1914 beschäftigten Frauen	Zu- oder Abnahme seit Juli 1914		Direkt an Stelle von Männern arb. Frauen	
		Zahl	Proz.	Zahl	Proz.
Industrie	2 184 000	458 000	20,7	458 000	920,1
Staatsbetriebe	2 000	198 000	9 866,9	187 000	8 928,0
Landwirtschaft	80 000	7	0,2	32 000	40,3
Transport	19 000	62 000	325,4	64 000	338,7
Handwerk	9 000	50 000	555,2	48 000	530,5
Handel	490 000	307 000	62,9	308 000	62,0
Freie Berufe	67 000	21 000	31,2	20 000	29,4
Hotels u. Gastwirtschaften	176 000	13 000	7,4	36 000	19,8
Kinos, Theater, Vermittlung	60 000	89 000	148,9	88 000	146,5
Wohnverhältnisse	198 000	47 000	23,9	41 000	20,7
Gesamtzahl	3 298 000	1 240 000	37,6	1 268 000	38,1

Es wird jedoch hervorgehoben, daß die Zahl von 1 240 000 Frauen der Zunahme der gewerblich tätigen Frauen nicht ganz entspricht, weil in der Tabelle die nur vorübergehend, als Saisonarbeiterinnen in der Landwirtschaft tätigen Frauen nicht enthalten sind (wodurch sich auch die Abnahme der betreffenden Zahl in der Tabelle, die sonst unverständlich wäre, erklärt), ferner alle in Hospitälern und Lazaretten als Pflegerinnen und Helferinnen des Roten Kreuzes, welche letztere allein schätzungsweise 36 000 ausmachen würden. Sodann die Hausangestellten, deren Zahl allerdings um etwa 300 000 gekunten ist und die daher die Gesamtzahl wesentlich beeinflussen würden. Die Zunahme in der Beschäftigung von Frauen hat besonders im letzten Quartal eine große Steigerung erfahren; sie betrug 182 000 im Vergleich zu ungefähr der Hälfte im vorangehenden Quartal.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1916 ergibt eine Mitgliederzahl von 174 300 im Jahresdurchschnitt gegen 178 187 im Jahre 1915. Der Rückgang beträgt etwas über 1 Proz. Die Jahresabschlussziffer dagegen zeigt eine Zunahme von 163 425 auf 178 907 Mitglieder. Das Ergebnis wurde aber im wesentlichen durch den Anschluß zweier neuer Organisationen erzielt, den Bayerischen Vorkverband mit 10 874 Mitgliedern und den neu gegründeten Deutschen Angestelltenverband mit 857 Mitgliedern am Jahresanfang. Aber auch bei Einrechnung dieser beiden Verbände darf von einer Heberwindung der rückläufigen Kurve im Jahre 1916 gesprochen werden. Die Gesamteinnahmen betrugen 8 231 432 Mk., die Ausgaben 2 901 248 Mk. und der Massenbestand am 31. Dezember 7 901 531 Mk. Gegenüber dem Vorjahre sind die Einnahmen um 86 415 Mark, die Ausgaben um 604 564 Mk. zurückgegangen. Von den Ausgaben entfielen auf Agitation 408 190 Mark, Streiks und Gemahregelunterstützung 16 408 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 120 285 Mk., Krankengeld 261 891 Mk., Sterbegeld 200 419 Mk. usw. An 686 Lohnbewegungen waren 29 681 Mitglieder beteiligt. Es verliefen 852 Bewegungen erfolgreich, 307 teilweise erfolgreich und 27 erfolglos.

Der Jahresbericht beschäftigt sich auch mit unserem Verbands in einer Weise, die den Tatsachen nicht entspricht und die wir daher nicht un widersprochen lassen können. Es wird behauptet: „Der sozialistische Buchbinderverband, dessen Vorsitzender sonst einer der weitgehenden Vertreter des Gewerkschafts der Arbeitsgemeinschaft ist, bemüht sich nach wie vor auf das bestmögliche um die Ausschaltung des den christlichen Gewerkschaften angeschlossenen christlichen Zentralverbandes bei Tarifabschlüssen, Lohnbewegungen usw.“ Das ist ebenso unrichtig als die Behauptung, daß die in Betracht kommenden Arbeitgeberorganisationen durchwegs zur Gemeinschaftsarbeit mit dem christlichen Verbands bereit sind. Wir wissen nur aus einer Mitteilung des christlichen Verbandes selbst, daß der maßgebendste Verband, der Verband Deutscher Buchbindermeister,

diese Gemeinschaftsarbeit abgelehnt hat. Unser Verbandsvorstand hat den christlichen Verband nirgends auszusprechen versucht, wo er genügend Mitglieder hatte, um berücksichtigt zu werden. Ihn aber dort in den Sattel zu heben, wo dies nicht der Fall ist, lag für unseren Verbandsvorstand um so weniger Veranlassung vor, als der derzeitige stellvertretende Vorsitzende des christlichen Verbandes nicht nur in seinem Blättern, sondern auch in seinem Briefwechsel einen derartigen Ton anschlug, der nach einer Gemeinschaftsarbeit mit diesem Herrn kein besonderes Verlangen erwecken konnte, sondern vielmehr im höchsten Maße geeignet war, davon abzusprechen.

Der Vorstand des christlichen Gesamtverbandes mag sich einmal diesen Briefwechsel und die Akten über das Verhalten des christlichen Verbandes in Regensburg vorlegen lassen, wo er die Mehrzahl der Mitglieder besitzt, dann dürfte ihm das Verhalten unseres Verbandsvorstandes erklärlich und gerechtfertigt erscheinen.

Zu den gewerkschaftlichen Streitigkeiten in Braunschweig. Eine Konferenz des Gewerkschaftsartikels des Herzogtums Braunschweig befasste sich am 29. Juli in Langelsheim mit der Gründung eines Arbeitersekretariats durch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Stadt Braunschweig. Die Kartellkonferenz protestierte nach einem veröffentlichten Bericht gegen diese Gründung, sieht in ihr nur Vergewaltigung von Arbeitergruppen und eine Einrichtung, die nicht gewerkschaftlichen, sondern politischen, insbesondere parteipolitischen Zwecken diene.

Die Generalkommission legt nun im neuesten „Korrespondenzblatt“ die Vorgänge attemmäßig dar, die zur Gründung eines Arbeitersekretariats in Braunschweig führten. Danach handelte es sich zunächst um den Antrag des Braunschweiger Gewerkschaftsartikels, dem Arbeitersekretariat in Braunschweig, dessen Tätigkeit sich über das ganze Herzogtum erstreckt, vierteljährlich eine Unterstützung von 1000 Mk. bis zur Beendigung des Krieges zu gewähren. Die Generalkommission erklärte sich einverstanden, den Betrag als Darlehen herauszugeben, da auch andere große leistungsfähige Kartelle, die in eine Kollage geraten sind, die Zuschüsse von der Generalkommission in Form von Darlehen erhalten. Dem Gewerkschaftsartikel waren am 1. April 1916 nach eigenen Angaben 8807 Gewerkschaftsmitglieder angeschlossen, für die ein Quartalsbeitrag von 24 Pf. pro Mitglied an das Kartell gezahlt wurden. Am 20. Januar 1917 beschloß das Braunschweiger Gewerkschaftskartell, den Vorschlag der Generalkommission abzulehnen, auch weder eine Beitragserschöpfung einzutreten zu lassen, noch einen Entzugszuschuß zu leisten, sondern es beschloß, die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen und hierbei die Kündigung eines der beiden Sekretäre in Aussicht zu nehmen, da die Hauptarbeit nicht von der Stadt Braunschweig, sondern von Lande in Anspruch genommen werde. Im „Korrespondenzblatt“ wird nun nachgewiesen, daß diese Behauptung falsch ist. Von insgesamt 8459 Besuchern des Sekretariats waren nur 666 von außerhalb erschienen. Von 10 649 Auskünften wurden 794 an außerhalb der Stadt Braunschweig Wohnende erteilt, und von den 2102 angefertigten Schriftstücken waren nur 443 für Landbewohner angefertigt. Trotz dieser Freijährung der Generalkommission fandte diese einen Verkaufstragen nach Braunschweig, um über die Organisation des Bezirkssekretariats eine Einigung zu erzielen. Sie machte folgenden Vorschlag: Die Kommission übernimmt, falls nicht die Gewerkschaftskartelle des Bezirks zur Beitragsleistung sich bereit erklären, die Gesamtkosten für das Sekretariat. Sie stellt den Sekretär an, dem fünf Personen zur Seite zu stellen sind, die von den größeren Gewerkschaftskartellen des Bezirks gewählt werden. Das selbstverständliche Verlangen der Generalkommission, sich einen Einfluß auf die Verwaltung des Bezirkssekretariats zu sichern, wenn sie die Kosten dafür übernimmt, wurde vom Braunschweiger Kartell brüskt abgelehnt. Bereits am 20. März beschloß eine Kartellversammlung, beiden Arbeitersekretären wegen ihres politischen Verhaltens (Anhänger der Parteimehrheit) zu kündigen. Und da die Drohung, die Rechtsberatung für die Arbeiterschaft im Herzogtum Braunschweig einzustellen, in die Tat umgesetzt wurde, blieb der Generalkommission nichts weiter übrig, als die Kosten für das Bezirkssekretariat zu übernehmen. Beide Sekretäre hätten aber trotz allem sehr gut nach wie vor in einem Bureau tätig sein können. Daß eine gemeinsame Tätigkeit nicht möglich wurde, ist nicht Schuld der Generalkommission. Aus politischem Haß wurde auch das gemeinsame Unternehmen der Gewerkschaften und der Partei am Orte, das Volkshaus, an den Rand des Ruins gebracht. Die

Generalkommission mußte also so handeln, wie sie es getan hat.

Von der Obstzeugung. Wir befasen in Deutschland im Jahre 1913 etwa 74 Millionen Apfelbäume, etwa 31 Millionen Birnbäume, 21,4 Millionen Kirschbäume und 64,5 Millionen Pflaumen- und Zwetschenbäume. Gegenüber der Zählung von 1900 war bei den Apfelbäumen eine Zunahme von über 2 Millionen Stück und bei den Birnbäumen eine Zunahme von 5,5 Millionen Stück festzustellen, dagegen der Anbau von Pflaumen- und Zwetschenbäumen einen Rückgang von über 5 Millionen Stück aufwies und auch bei den Kirschbäumen eine kleine Abnahme zu beobachten war.

Man rechnet für den Apfelbaum einen Höchstertag von 350 bis 450 Kilogramm, für den Birnbaum einen solchen von 600 bis 700 Kilogramm, den Kirschbaum 200 bis 250 Kilogramm und den Kirschbaum etwa 300 Liter, allerdings ist die Tragdauer dieses Baumes nahezu doppelt so groß, nämlich 75 Jahre, gegenüber der des Pflaumenbaumes, der nur ein Höchstalter von 40 Jahren erreicht.

Das Verderben des Obstes auf den Landstrassen. Viele Haushaltungen haben bisher auf den Landstrassen das von den Bäumen gefallene Obst gesammelt und davon Mus und Marmelade gekocht. Das war besonders für ärmere Familien eine Hilfe, wenn sie auch mit einer sorgfältigen Beachtung der Begriffe Wein und Wein nicht in Einklang gebracht werden konnte. Jetzt muß man die Beobachtung machen, daß das Obst vielfach auf den Landstrassen verdirbt, weil es nicht mehr gesammelt werden darf. Wächtposten und Feldwüter verhindern das. Andererseits wird aber nicht dafür gesorgt, daß dieses Obst, das vielfach von den Bäumen fällt, die noch des Nahrungswertes warten, aufgeslesen und für die menschliche Ernährung verwandt wird. Bei der Knappheit an Aufstrichmitteln ist das sehr zu bedauern. Zum mindesten muß dafür gesorgt werden, daß dieses Obst in irgendeiner Weise Verwendung findet, denn im vierten Kriegsjahr kann unter keinen Umständen aufgegeben werden, wie Nahrungsmittel verderben.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.
 B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
 Köln. B.: P. Zimmermann, Eintrachtstraße 114/116 II. K.: A. Kaufsch, Köln-Deub, Tempelstr. 49 I.
 Konstantz. B.: E. Schäfer, Beuelstr. 13. K.: A. Bohn, Wiesenstr. 17.
 Ludenwalde. B.: A. Sailer, Weidiger Straße 34. K.: A. Kretschmar, Franzenstr. 16.

Literarisches.

Gemeindepolitik nach dem Kriege. Der Landtagsabgeordnete Paul Hirsch beschäftigt sich in einem soeben erschienenen Buche „Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege“ (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68, brosch. 1,50 Mk., geb. 2 Mk.) mit äußerst wichtigen und aktuellen Problemen. Der Verfasser wendet sich in erster Linie an die in der Gemeindeverwaltung und der Gemeindevertretung tätigen Männer und Frauen, denen er, gestützt auf ein reichhaltiges Material, die Wege zeigt, die in Zukunft gegangen werden müssen, wenn anders die deutschen Gemeinden den Aufgaben gerecht werden sollen, die ihrer Lösung durch sie nach dem Kriege harrten. Er zeigt, wo in der Gesetzgebung der Fehel anzusehen ist, um den Gemeinden die Stellung einzuräumen, auf die sie auf Grund ihrer Leistungen während des Krieges Anspruch haben, welcher Änderungen es bedarf, um den Gemeinden die Möglichkeit einer freien Betätigung auf allen Gebieten zu gewährleisten, und was die Gemeinden ihrerseits zu tun haben, um als freie, durch verarbeitete

staatliche Befehle und bürokratische Eingriffe nicht gehemmte Selbstverwaltungskörper ihre sozialpolitischen Pflichten zu erfüllen.

„Gewerbe- und Kaufmannsgericht“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 12 des 22. Jahrgangs enthält u. a.: Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe, Gewerbeordnung und Hilfsdienstgesetz. Von Magistratsrat v. Schulz. — Substantisierung bei Schadenersatzforderungen bei Streiks. Von Dr. Weib. — Handlungs- oder Gewerbegehilfe. Von Magistratsrat Dr. Landsberger. — Der wichtige Kündigungsgrund. Von Gerichtsaffessor Dr. Götstein.

Anzeigen

Arbeitslosen-Zulassung für Buchbinder und verwandte Berufe zu Berlin.

Am 30. Juli verstarb unser Kollege **Paul Friedling** (Buch-Nr. 2236), am 10. September der Kollege **Wilhelm Kredeler** (Buch-Nr. 482), am 11. September die Kollegin **Margarete Fein** (Buch-Nr. 1317).

Auf dem Schlachtfelde fiel am 3. September der Kollege **Ernst Böttcher** (Buch-Nr. 1614).

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.
 J. A.: Leop. Zünemann.

NB. Zugleich geben wir unseren Mitgliedern bekannt, daß wir wegen Aufgabe des Geschäfts durch den Inhaber die **Zahlstelle v. G. Manthey**, Reichsberger Str. 16, von heute ab nach **Stalitzerstraße 105** (Bahnhofstr.), **Inh. Hermann Reineit**, gegenüber dem Hochbahnhof Damanienstraße, verlegt haben.

Der Vorstand.

Bindfaden
 für Post- und Bahnversand.
 Probe 5 kg. gegen Nachnahme.
 Lieferung nur an Selbstverbraucher.
Willy Rendsburg, Kiel 26.

Anzeigen in der Buchbinder-Zeitung
 (Auflage am 12. August 1917: 23 000, vor dem Kriege über 35 000) finden die weiteste Verbreitung.

**Fertigmacher
 Deckenmacher
 Presser**
 für dauernde Beschäftigung gesucht.
Julius Hager, Grossbuchbinderei,
 Leipzig, Breitkopffstr. 9.

**Tüchtige
 Buchbindergehilfen**
 in Dauerstellung gesucht. **George Westermann, Braunschweig.**

Neu! „Leimol“ Neu!

garantiert sehr schnell und fest liegend, für Papier und Pappen in kaltem Zustande, für Holz, Stein, Metall usw. in heißem Zustande genau wie Knochenleim zu verwenden, kann auch zum Strecken von Knochenleim verwendet werden.

„Leimol“ circa stark 70, — 100 Kilo. „Leimol“ stark 55, — 100 Kilo ab Leipzig.
 Bei größeren Bezügen Ermäßigung. Probe von 10 Kilo - Einern à 8, — Mk. gern zu Diensten.

Chem. Fabrik Aug. F. Fiebig, Leipzig-Eutr.